Resultate vom 10. Juni 2001 : Ja zu bewaffneten Soldaten im Ausland

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **28 (2001)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-911027

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ja zu bewaffneten Soldaten im Ausland

Der Souverän hat die drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 10. Juni 2001 angenommen. Während die Aufhebung des Bistumsartikels breite Zustimmung fand, hat das Volk nur mit knapper Mehrheit der Bewaffnung von Schweizer Freiwilligen bei friedenserhaltenden Einsätzen im Ausland zugestimmt.

51% der Stimmbürger sagten Ja zu den zwei Gesetzesvorlagen über die Armee und die Militärverwaltung. Der Bundesrat erhält damit wunschgemäss die Bewilligung, für friedenserhaltende Einsätze im Ausland Freiwilligenkontingente zu entsenden, die über die für ihren Schutz und zur Erfüllung ihres Auftrags erforderliche Bewaffnung verfügen. Im gleichen Stimmenverhältnis hat das Volk auch eine Vereinfachung der Zusammenarbeit mit anderen Ländern auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung befürwortet.

Der knappe Ausgang lässt sich dadurch erklären, dass beide Vorlagen gleichzeitig von pazifistischen Kreisen am linken Rand des politischen Spektrums und von rechts aussen stehenden Verfechtern der Neutralität bekämpft wurden. Es waren die grossen Kantone (vor allem Bern und Zürich), welche den Unterschied ausmachten und die ablehnende Mehrheit in 15 von 26 Kantonen kompensierten.

Die Aufhebung des letzten religiösen Ausnahmeartikels in der Bundesverfassung erhielt die Unterstützung von 64,2% der Stimmbürger und von allen Ständen. Die meisten Ja-Stimmen kommen aus den katholischen Kantonen, angeführt von Freiburg, Tessin und Solothurn, während die protestantischen Kantone Waadt, Genf und Schaffhausen das Schlusslicht bilden.

Die Stimmbeteiligung betrug 44%. PAT

Keystone

Resultate der eidgenössischen Abstimmungsvorlagen

	Armeegesetz (Bewaffnung)		Armeegesetz (Ausbildung)		Aufhebung Bistumsartikel		Stimmbeteiligung
Kanton	**JA%**	**NEIN%**	**JA%**	**NEIN%**	**JA%**	**NEIN%**	**in %**
ZH	53,46	46,54	53,82	46,18	64,41	35,59	45,10
BE	57,72	42,28	57,43	42,57	60,17	39,83	40,60
LU	50.39	49,61	50,22	49,78	66,46	33,54	48,10
UR	43,84	56,16	43,11	56,89	64,30	35,70	42.00
SZ	40,47	59,53	40,20	59,80	66,52	33,48	51,70
OW	47,20	52,80	45,69	54,31	65,44	34,56	49,80
NW	46,93	53,07	46,80	53,20	67,87	32,13	48,90
GL	45,01	54,99	45,39	54,61	59,91	40,09	40,30
ZG	54,16	45,84	53,92	46,08	68,09	31,91	49,50
FR	52,15	47,85	53,03	46,97	71,60	28,40	42,50
SO	57,07	42,93	56,68	43.32	70,09	29,91	50,20
BS	53,09	46,91	51,95	48,05	67,10	32,90	52,10
BL	54,50	45,50	53,55	46,45	66,96	33,04	42,60
SH	44,18	55,82	44,02	55,98	52,53	47,47	63,80
AR	45,59	54,41	46,08	53,92	65,91	34,09	51,20
AI	37,27	62,73	37,83	62,17	67,16	32,84	46,50
SG	46,64	53,36	46,72	53,28	67,91	32,09	44,10
GR	45,03	54,97	45,08	54,92	63,88	36,12	39,80
AG	50,93	49,07	51,07	48,93	64,48	35,52	39,00
TG	46,24	53,76	46,40	53,60	65,47	34,53	42,90
TI	37,13	62,87	36,86	63,14	70,85	29,15	27,40
VD	51,45	48,55	53,73	46,27	57,84	42,16	37,80
VS	45,78	54,22	45,63	54,37	69,12	30,88	27,50
NE	50,45	49,55	51,89	48,11	61,52	38,48	49,50
GE	45,51	54,49	46,01	53,99	54,15	45,85	43,00
JU	44,64	55,36	44,16	55,84	69,85	30,15	30,60
Total	**50,99**	**49,01**	**51,16**	**48,84**	**64,18**	**35,82**	**44,10**

Eidgenössische Volksabstimmungen

23. September 2001
Keine Abstimmungen
2. Dezember 2001
Gegenstände noch nicht festgelegt.

KOMMENTAR

Auch wenn es nicht den Anschein macht, ist die Zustimmung zur Bewaffnung von Schweizer Freiwilligen bei Friedenseinsätzen im Ausland ein bedeutsamer Schritt. Die Schweiz kann in ihrer Friedenspolitik endlich auf andere Karten setzen als nur auf die guten Dienste. Auf dem Papier verfügt sie nun über die gleichen Mittel wie die anderen Neutralen (Finnland, Schweden oder Österreich). In der Praxis bleibt der Handlungsspielraum von Bern jedoch beschränkt. Der Bundesrat wird Fingerspitzengefühl brauchen und bescheidenen Einsätzen den Vorzug geben müssen.

Noch vor sieben Jahren, am 12. Juni 1994, mussten Regierung und Parlament bezüglich der geplanten Schaffung eines Blauhelmkontingents eine schmähliche Niederlage hinnehmen. Die gleichen Argumente der Blauhelmgegner (Neutralität, «wischen wir zuerst vor der eigenen Tür») fanden damals eine Stimmenmehrheit von 57%. Dass das Resultat heute anders ist, hat damit zu tun, dass die Schicksalsgemeinschaft zwischen Menschen und Völkern heute spürbarer geworden ist.

Diese neue Wahrnehmung der Wechselbeziehung gibt Anlass zur Hoffnung im Hinblick auf die im Frühling des nächsten Jahres vorgesehene Volksabstimmung über den UNO-Beitritt, auch wenn Regierung und Parlament andere Argumente vorbringen müssen als das ewige «wir sind die Letzten».

Die Neutralität war in keiner Weise in Gefahr; die Schweiz wird auch weiterhin an ihr festhalten. Trotzdem bedeutet der 10. Juni einen Schritt in Richtung auf eine Modernisierung der Neutralität.

Pierre-André Tschanz